



Der 1. Untersuchungsausschuss hat in seiner Sitzung am 25. September 2014 beschlossen:

Beweisbeschluss BMJV-4

Es wird Beweis erhoben zu den Fragen I.14. bis I.17. des Untersuchungsauftrags (BT-Drs 18/843) durch

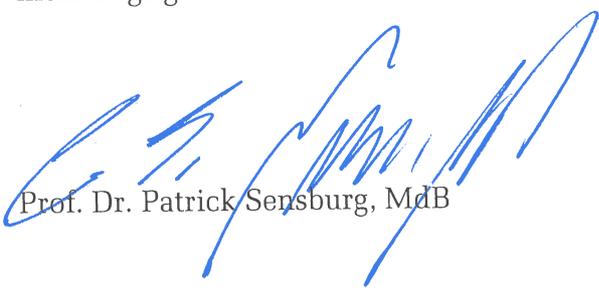
Beiziehung

sämtlicher Akten, Dokumente, in Dateien oder auf andere Weise gespeicherter Daten und sonstiger sächlicher Beweismittel, die die Fragen I.14. bis I.17. des Untersuchungsauftrags betreffen, und die unmittelbar im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz im gesamten Untersuchungszeitraum seit dem 1. Januar 2001 entstanden oder in behördlichen Gewahrsam genommen worden sind,

gemäß § 18 Abs. 1 PUAG beim Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.

Zur Beschleunigung des Verfahrens wird darum gebeten, die beigezogenen Beweismittel möglichst sukzessive, nötigenfalls auch in unvollständigen Teillieferungen vorzulegen und dementsprechend die erforderliche Vollständigkeitserklärung erst mit der Übersendung der letzten Tranche der dem Beweisbeschluss unterfallenden Beweismittel vorzunehmen.

Darüber hinaus wird darum gebeten, VS-Vertraulich oder höher eingestufte Unterlagen aus den jeweiligen Aktenbeständen auszusondern, entsprechende Leerblätter in die Akten einzufügen und die eingestuften Unterlagen unter Angabe des ursprünglichen Aktenzusammenhangs gesondert zu übermitteln.



Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB